

Nahost-Gipfel soll Einigung bringen

Palästinenser sehen noch Klärungsbedarf - Israelisches Kabinett debattiert über Clintons Vorschläge

JERUSALEM: Die Entscheidung über ein Nahost-Friedensabkommen soll erst nach einem israelisch-palästinensischen Gipfeltreffen fallen. Dieses soll heute im ägyptischen Badeort Scharm el Scheich stattfinden.

Bei dem Treffen von Israels Ministerpräsident Ehud Barak und Palästinenserpräsident Jassir Arafat soll es um den jüngsten US-Friedensplan gehen, wie beide Seiten am Mittwoch bekannt gaben. Vermitteln soll der ägyptische Präsident Husni Mubarak. Die Annahme der US-Initiative blieb auch nach eingehenden Beratungen im israelischen und palästinensischen Lager ungewiss. In Israel trat Baraks Sicherheitskabinett zu einer Sitzung hinter verschlossenen Türen zusammen. Nach einer Unterbrechung wollte das Gremium kurz vor Mitternacht erneut zusammenkommen und eine Antwort auf die vorgelegten Pläne formulieren.

Auch die palästinensische Führung beriet weiter über die Vorschläge des scheidenden US-Präsidenten Bill Clinton. Ein Palästinenservertreter sagte sogar, die Palästinenser hätten gegenüber den USA die Pläne



Heute wollen sich der israelische Ministerpräsident Ehud Barak und der palästinensische Präsident Jassir Arafat (kleines Bild) zu Friedensgesprächen im Badeort Scharm-el-Scheich treffen.

als inakzeptabel bezeichnet und Klärungsbedarf angemeldet. Die US-Vorschläge seien keine geeignete Basis für eine Beilegung des Konflikts mit Israel.

Aus Kreisen des US-Aussen-

ministeriums in Washington verlaute am gestrigen Abend (MEZ), bislang sei keine Antwort auf die Friedensvorschläge eingegangen. Clinton hatte Israeli und Palästinensern eine Frist bis Mittwochabend ge-

setzt, um auf die Vorschläge zu reagieren.

Bei dem Gipfel in Scharm el Scheich werde es hauptsächlich darum gehen, einen Rahmen für weitere Friedensverhandlungen festzulegen, verlaute

aus dem ägyptischen Aussenministerium. Arafat und Barak kämen nicht nach Ägypten, um ein Abkommen zu unterzeichnen.

Prinzipien-Erklärung

Die Wiederaufnahme von Vorbereitungstreffen könnten jedoch möglicherweise zu einem Gipfeltreffen in Washington führen. Clinton soll eine Prinzipien-Erklärung vorgeschlagen haben, der weitere Verhandlungen über die Umsetzung folgen müssten. Der US-Plan sieht nach Medienberichten vor, dass die Palästinenser künftig die Kontrolle über den Tempelberg mit der El-Aksa-Moschee und dem Felsendom, der drittheiligsten Stätte des Islam, erhalten. Der untere Teil des Tempelberges und die dort gelegene Klagemauer blieben jedoch unter israelischer Hoheit. Die Palästinenser sollten auf die Forderung nach einem Rückkehrrecht für ihre Flüchtlinge verzichten.

Mehrere hundert jüdische Ultranationalisten demonstrierten gestern in der Jerusalemer Altstadt gegen den US-Friedensplan. Die Polizei hinderte mehrere Dutzend Extremisten daran, von der Klagemauer auf den Tempelberg zu gelangen, mehrere Menschen wurden festgenommen.

NACHRICHTEN

David de Pury gestorben

ZÜRICH: Der ehemalige Diplomat und ABB-Co-Präsident David de Pury ist am Dienstagabend in Zürich im Alter von 57 Jahren an den Folgen eines Krebsleidens gestorben. De Pury war Mitautor des 1995 erschienenen «Weissbuchs» zur Wirtschaft. Der ehemalige



Diplomat war laut einer Sprecherin seiner Finanzgesellschaft vor rund zehn Tagen ins Spital eingeliefert worden. Dort entdeckten die Ärzte den Krebs. Politik und Wirtschaft zeigten sich geschockt über den Tod de Pury. Bundesrat Pascal Couchepin entbot am Mittwochabend in einem Nachruf de Pury Angehörigen seine tief empfundene Anteilnahme. Er würdigte de Pury als Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik. Er sei ein Mann mit Überzeugungen und Sinn für Freundschaft, kultiviert, innovativ, intelligent und herzlich gewesen. De Pury sei einer der wenigen Wirtschaftsführer gewesen, der auch Gespür für gesellschaftliche Belange gehabt habe, sagte alt Staatssekretär Edouard Brunner.

23. Europäisches Treffen von Talzé

BARCELONA/BERN: Rund 80 000 Jugendliche werden sich ab heute in Barcelona zum 23. Europäischen Treffen der ökumenischen Gemeinschaft von Talzé einfinden. 150 Schweizer werden an dieser Versammlung dabei sein, die am Montag zu Ende geht.

In Barcelona und Umgebung werden die Jugendlichen in über 300 Pfarreien aufgenommen, wie die Gemeinschaft gestern in einer Medienmitteilung verlauten liess. Von den 80 000 Teilnehmern des ökumenischen Treffens kommen rund 35 000 aus Osteuropa.

Mitterrands Sohn bleibt in Haft

PARIS: Der älteste Sohn des früheren französischen Präsidenten François Mitterrand bleibt wegen möglicher Verwicklungen in Waffengeschäften weiter in Haft. Das Berufungsgericht in Paris verwarf gestern einen Antrag von Jean-Christophe Mitterrand auf Haftverschonung. Ein neuer Antrag auf Haftverschonung werde in zehn bis 20 Tagen geprüft, hiess es nach Gerichtsangaben. Der 54-Jährige war am Donnerstag verhaftet worden und musste Weihnachten hinter Gittern verbringen. Er soll unter anderem für die Vermittlung von Waffengeschäften nach Angola zwischen 1993 und 1994 etwa 1,8 Millionen Dollar auf ein Schweizer Konto erhalten haben.

Falsch etikettierte Rinderwurst

BERLIN: In Bayern und Sachsen-Anhalt sind nach Behördenangaben Wurstwaren aus Rindfleisch aufgetaucht. Auf den Etiketten war dies nicht signalisiert.

In vier von fünf Würsten hätten die Kontrolleure Rindfleisch gefunden, obwohl dies auf der Beschriftung nachträglich ausgeschlossen worden war, teilte das bayrische Gesundheitsministerium gestern in München mit.

Die Wurst-Proben stammten demnach aus Supermärkten in Augsburg sowie den Landkreisen Starnberg und Fürstentum. Bei den Waren sei bei der Inhaltsangabe das Wort Rindfleisch nachträglich

durchgestrichen worden. Das Ministerium erklärte weiter, einzelne Ergebnisse der Proben müssten noch überprüft werden. Denn bei dem angewandten Schnelltest könnten auch andere Bestandteile wie zum Beispiel Käse positive Ergebnisse liefern.

In Sachsen-Anhalt berichtete das Gesundheitsministerium in Magdeburg, in etwa 20 Prozent von 65 geprüften Partien sei Rindfleisch gefunden worden, obwohl ein entsprechender Hinweis fehle. Eine Sprecherin sagte, die unvollständige Ausweisung der Wurstwaren erfülle keinen Straftatbestand. Es handle sich lediglich um Irreführung und Täuschung des Verbrauchers.

Europaweite Ausländerdatei

EU-Vergleichssystem für Fingerabdrücke von Asylbewerbern

BERLIN: Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegal eingereisten Ausländern sollen künftig EU-weit verglichen werden. Nach Angaben des deutschen Innenministerium trat eine entsprechende Verordnung in Kraft. Die Schweiz ist nicht an das System angeschlossen.

Wie gestern aus Berlin verlaute, gilt die Verordnung in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Das System soll in zwei Jahren einsatzbereit sein. Die Fingerab-

drücke werden in einer zentralen Datenbank in Luxemburg gespeichert.

Missbüche verhindern

Mit einem EU-weiten Vergleich kann damit festgestellt werden, ob ein Asylbewerber schon in einem anderen Staat einen Antrag gestellt hat und in welches EU-Land er möglicherweise illegal eingereist ist. Zudem kann verhindert werden, dass Asylsuchende unter verschiedenen Identitäten in mehreren EU-Staaten Asylverfahren betreiben. Die Schweiz

ist an das System vorderhand nicht angeschlossen. Wie Dominique Boillat vom Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) auf Anfrage sagte, ist die Vereinbarung Bestandteil des Dubliner Abkommens.

Die Schweiz hätte zwar gerne schon jetzt mitgemacht. Eine allfällige Mitarbeit soll nach dem Willen der EU aber erst im Rahmen der neuen bilateralen Verhandlungen ein Thema sein.

Rein technisch wäre ein Anschluss der Schweiz an die EU-Datenbank möglich, wie Boillat weiter sagte.

Wirbel beim tschechischen Fernsehen

Präsident Havel stellt sich auf die Seite rebellierender TV-Journalisten

PRAG: Im Konflikt um die neue Spitze des öffentlichen Fernsehens in Tschechien hat sich Präsident Vaclav Havel gestern hinter die rebellierenden Journalisten gestellt.

Havel sagte mehreren Medien, die Wahl des neuen Intendanten Jiri Hodac durch den Verwaltungsrat sei zwar «vielleicht konform mit dem Buchstaben des Gesetzes», sie widerspreche aber dem Sinn und Geist der Gesetze. Der Präsident bezeichnete die Lage als «sehr gefährlich».

Havel sagte dem betroffenen Sender Ceska Televize (CT) und anderen Medien, die kommunistische Diktatur in der früheren Tschechoslowakei sei 1948 ebenfalls auf legalem Wege zustande gekommen. Aber sie habe trotzdem dem Geist der Verfassung widersprochen.

Die Protestbewegung hatte vergangenen Mittwoch nach

der Ernennung von Hodac durch den Verwaltungsrat des CT begonnen. Die Journalisten fordern sowohl die Absetzung des Intendanten als auch des Verwaltungsrates.

Sie werfen der neuen CT-Führung mangelnde Unabhängigkeit und zu grosse Nähe zur Demokratischen Bürgerpartei (ODS) von Parlamentspräsident Vaclav Klaus vor.

Frühstückssendung unterbrochen

Hodac unterbrach am Mittwoch eine Frühstückssendung, welche die rund zwanzig am Dienstag offiziell entlassenen Redaktoren vorbereitet hatten.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur CTK sollte es in der Sendung mit dem Titel «Guten Morgen mit CT» um den Streit im Sender gehen. Auf Anweisung Hodacs sei stattdessen das Programm von CT 2 ausgestrahlt worden, sagte ein Tontechniker.



Staatspräsident Vaclav Havel stellte sich öffentlich auf die Seite der aufständischen Journalisten. (Bilder: Keystone)

Eigene Produktionen

Seit Sonntag hatte die neue Leitung wiederholt Nachrichtensendungen der Journalisten unterbrochen und durch eigene Produktionen ersetzt. Ausserdem zeigte Hodac die Journalis-

ten laut CTK an. Diese schlossen sich zu einem Krisenkomitee zusammen und nahmen am Dienstag die von der neuen Nachrichtenchefin, Jana Bobosikova, ausgesprochenen Kündigungen nicht an.

DOS-Sieg offiziell bestätigt

BELGRAD: Das Parteienbündnis DOS ist nun auch offiziell Sieger der Parlamentswahlen in Serbien vom vergangenen Samstag. Das gab die Wahlkommission gestern Abend in Belgrad nach Auswertung der Unterlagen aus über 99 Prozent der Wahllokale bekannt.

Die Demokratische Opposition Serbiens DOS hat demnach 64,08 Prozent der Stimmen erhalten. Dies sichert ihr 176 der 250 Sitze im Parlament. Die Sozialistische Partei (SPS), des abgewählten Präsidenten Slobodan Milosevic ist mit 13,76 Prozent der Stimmen zweitstärkste Fraktion und erhält 37 Mandate. Die extrem-nationalistische Serbische Radikale Partei (SRS) errang 8,59 Prozent und 23 Mandate. Die rechts-nationalistische Partei der serbischen Einheit (SSJ) bekam 5,33 Prozent der Stimmen und damit 14 Abgeordnete.